

# Klaus Nielsen, Tørben Gronnebak Hansen und Jan Windmüller\*

## Krise des ‚Entwicklungsmodells‘ und Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik in Dänemark

Die Diskussion über alternative Wirtschaftspolitik in Dänemark ähnelt derjenigen in anderen Ländern. Sie ist allerdings von den strukturellen Besonderheiten der dänischen Gesellschaft geprägt: Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit wurde in Dänemark im Rahmen eines liberalen Wohlfahrtsstaates wesentlich von der Arbeiterbewegung administrativ gesteuert, so daß die gegenwärtige Krise weitgehend in Gestalt einer Krise des ‚Modells‘ der Arbeiterbewegung für Umstrukturierung und Steuerung der Gesellschaft in Erscheinung tritt.

Obwohl in anderen skandinavischen Ländern keine vergleichbare Autonomie der kapitalistischen Produktion besteht – aufgrund staatlicher Produktionstätigkeit und weitergehender staatlicher Eingriffe in einzelwirtschaftliche Entscheidungen –, kann man doch von einem *skandinavischen ‚Entwicklungsmodell‘* sprechen, für das eine besondere Ausprägung der Arbeitsteilung zwischen Staat, Kapital und Arbeiterbewegung kennzeichnend ist. Und auch wenn die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in den verschiedenen Ländern unterschiedlich verlaufen und unterschiedliche Maßnahmen zur Krisenbewältigung ergriffen werden, gibt es doch so etwas wie eine gemeinsame Krise dieses *sozialdemokratischen ‚Entwicklungsmodells‘*. Unsere Analyse der dänischen Situation ist daher auch als Beitrag zu der Debatte relevant, die innerhalb der südeuropäischen Linken über das Problem eines ‚dritten Weges‘ ausge tragen wird (vgl. z. B. Ingraio 1978, Craxi 1978, Berlinguer 1978).

### 1. Die gegenwärtige Phase der Krise

Auch wenn wir es für gefährlich halten, die gegenwärtige Situation nach dem Muster mancher klassischer Krisenvorstellungen als eine umfassende wirtschaftliche, politische und soziale Krise des Kapitalismus zu begreifen (1), von der gewaltige Wirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft und für alle Bevölkerungsschichten zu erwarten sind, halten auch wir es für notwendig, die gegenwärtige Problematik in der Perspektive eines Krisenbegriffs zu analysieren:

\* Dieser Text ist eine stark gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrages der Autoren zum ‚Seminar Alternativen der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdemokratie in Westeuropa‘, 18. - 20. Mai 1979, FB 15 d. FU Berlin. Die Überarbeitung und Kürzung besorgte F. O. Wolf im Einverständnis mit den Autoren.

Die Autoren sind Mitglieder einer Forschergruppe am Institut für Sozialökonomie und Planung des Roskilde Universitätscenter, die sich um das Projekt „Sozialwirtschaftsbericht“ organisiert hat.

Die lange und stabile Hochkonjunktur seit dem 2. Weltkrieg wurde 1967/68 von einer neuen Epoche abgelöst, von einer neuen allgemeinen Krise des Kapitalismus und des Imperialismus, die der Periode von 1914 - 45 vergleichbar ist. Diese Entwicklung erschließt sich u. E. analytisch am ehesten innerhalb einer theoretischen Perspektive, die auf die – etwa von Amin (1974) und Mandel (1972) formulierten – Thesen von den *langen Wellen* des Kapitalismus zurückgreift (vgl. auch Kleinknecht 1979, Jürgens 1979).

Demnach beruhte die lange Wachstumsperiode nach dem 2. Weltkrieg auf einer spezifischen Struktur des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, auf einer neuen technologischen Konzeption, auf einem neu bestimmten Verhältnis von Staat und Wirtschaft, auf stabil institutionalisierten Klassenverhältnissen auf nationaler und abgeklärten Vorherrschaftsverhältnissen zwischen den imperialistischen Ländern auf internationaler Ebene. Die gegenwärtige Krise wird so lange anhalten, bis eine tragfähige neue Akkumulationsstruktur durchgesetzt ist, auf einer neuen technologischen Grundlage und in Verbindung mit der Etablierung eines neuen Verhältnisses von Staat und Wirtschaft auf nationaler Ebene bzw. der Festigung neuer Vorherrschaftsverhältnisse und der Herausbildung neuer stabiler Formen für Klassenzusammenarbeit bzw. -unterdrückung in internationalem Maßstab (2).

Der *bisherige Krisenverlauf* läßt sich in zwei Phasen gliedern: Bis *Mitte der 70er Jahre* stehen die Inflation, die ‚Profitklemme‘ – aufgrund der Lohnkämpfe einer starken Arbeiterklasse – und antiimperialistische Konflikte im Vordergrund, die ihren Ausdruck vor allem in Währungskrisen und in Krisen der imperialistischen Vorherrschaft in der Dritten Welt finden. In der daran anschließenden, *gegenwärtigen Phase* der Krise verändern sich diese Erscheinungen: Umverteilung zugunsten der Profite durch Einkommenspolitik und Einschränkungen des ‚sozialen Lohnes‘ der Arbeiterklasse, Veränderungen im Verhältnis von Staat und Wirtschaft durch schrittweise Aufgabe des Keynesianismus, Bruch und Neustrukturierung des Beziehungsgeflechtes zwischen den imperialistischen Ländern sowie eine weitere Schwächung der letzten Gestalt des imperialistischen Systems.

Entscheidend für diese Differenz ist die *Veränderung im politischen Handeln der Bourgeoisie*: Das Kapital hat weitgehend das Interesse an einer Aufrechterhaltung des gegenwärtigen institutionellen Rahmens der Klassenseinandersetzungen verloren, aufgrund seiner inzwischen eingetretenen Folgewirkungen wie Inflation, ‚Profitklemme‘ und überproportionales Wachstum der Staatsausgaben; damit ist die Bourgeoisie zu einer offensiven Kraft geworden, die auf strukturelle Veränderungen zielt.

Diese Offensive der Bourgeoisie nimmt nicht nur die Form von Kämpfen für die Wiederherstellung der ‚notwendigen Proportionen‘ zwischen Profit, Investitionen und Technologiekosten an, sondern bringt darüberhinaus auch noch selbständige neue politische Formen hervor. Damit bekommt aber auch die Antwort, die die Arbeiterbewegung auf diese Offensive der Bourgeoisie findet, etwa in Gestalt gesellschaftspolitischer Reformprogramme, eine entscheidende Bedeutung für den weiteren Verlauf der Krise.

## 2. Die Umstrukturierung des Kapitals

Nachdem zunächst ein *Investitionsstreik* – Rückgang der Investitionen trotz steigender Gewinne – zu beobachten war, wird jetzt mehr von einem *neuen Investitionsmuster* gesprochen. Dem liegt zugrunde, daß sich tatsächlich strukturelle Veränderungen vollzogen haben, sowohl auf nationaler Ebene – hinsichtlich der Lokalisierung von Industriegebieten, der Beziehungen zwischen den Industriezweigen und der Entwicklung der produktionstechnologischen Grundlagen – wie auf internationaler Ebene – hinsichtlich der Durchsetzung einer neuen Gestalt der internationalen Arbeitsteilung (vgl. Fröbel, Heinrichs, Kreye 1977). Damit befindet sich das Kapital nach einer kurzen Konsolidierungsphase gegenwärtig in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Dabei handelt es sich weit mehr um eine ‚gelenkte‘ Umstrukturierung, auf der Grundlage durchaus konsolidierter Finanzen innerhalb der Konzerne, als um Umstrukturierungen, die einfach von Profitkrise und Kapitalvernichtung erzwungen würden. Eben dies berechtigt uns dazu, diesen Umstrukturierungsprozeß als offensiv zu betrachten, auch wenn er selbstverständlich im Zusammenhang zukünftiger Probleme der Kapitalakkumulation zu begreifen ist.

In Dänemark hat die Durchsetzung einer neuen internationalen Arbeitsteilung allerdings nicht so weitreichende Auswirkungen wie etwa in der Bundesrepublik oder in Frankreich. Die *dänische Industriestruktur* weist nur wenige Unternehmen der Schwerindustrie bzw. der industriellen Großserienproduktion auf, während die Produktion von Bauteilen und Sonderausstattungen in kleinen Serien ein relativ großes Gewicht haben. Dementsprechend ist Dänemark weniger von den Umstrukturierungen betroffen, die sich im Zusammenhang der neuen internationalen Arbeitsteilung vollziehen. Dennoch hat diese Entwicklung auch für Dänemark ihre Relevanz, da gerade die von ihr speziell betroffenen Bereiche der industriellen Fertigung (z. B. der Schiffbau) zu den stärksten Bastionen der dänischen Arbeiterklasse zählen.

Ein weiteres Moment der Strukturveränderung besteht darin, daß trotz der hohen Arbeitslosigkeit große Investitionen in arbeitsparende Technologien und Produktionsanlagen getätigt werden. So wurden etwa in der Druckindustrie, in der elektronischen Textverarbeitung und in den Brauereien durch solche Rationalisierungsinvestitionen ein Großteil der qualifizierten Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet. Dementsprechend brachte die dänische Gewerkschaftsbewegung in die letzte Tarifrunde eine neue Forderung nach Technologievereinbarungen hinsichtlich zukünftiger Investitionen ein – über die zu verhandeln sich dann die Arbeitgeber kategorisch weigerten.

Darüber hinaus haben die wachsenden Schwierigkeiten, eine Versorgung mit billigen Rohstoffen langfristig sicherzustellen, eine Verschiebung vor allem der energiemäßigen Grundlagen der Produktion erforderlich gemacht. Dabei stehen – abgesehen von den massiv staatlich subventionierten Energiesparmaßnahmen – die Bemühungen um eine intensivere Ausbeutung der Öl- und insbesondere der Gasvorkommen im dänischen Teil der Nordsee sowie der politische Kampf um die Atomenergie bzw. um die Sonnenenergie als dauerhafte Energieform im Vordergrund.

Auf diesem Gebiet findet die sich vollziehende Umstrukturierung jedoch nur partiell aufgrund einer Offensive des Kapitals statt: So ist etwa die Entscheidung der dänischen Regierung, ein Leitungsnetz für die dänische Nutzung des Nordseegases zu errichten, gegen die Arbeitgebervertretung des ‚Industrierates‘ durchgesetzt worden und die Pläne der Nuklearindustrie zur Errichtung von Atomkraftwerken stoßen auf heftigen politischen Widerstand.

Vor allem die lokale bzw. regionale Umstrukturierung der Produktion erfolgt auch unter Arbeitsmarktgesichtspunkten: Entsprechend der abnehmenden Nachfrage der Unternehmen nach qualifizierter Arbeitskraft werden jetzt neue Industriebetriebe vorwiegend ‚in der Provinz‘ errichtet und die Einführung besonders arbeitssparender Technologien vollzieht sich weitgehend in den Randgebieten, wo ihnen keine fachlichen Arbeitsmarktstrukturen bzw. keine Kampftraditionen der Facharbeiter entgegenstehen. Ein Ergebnis gerade dieser Tendenz zur regionalen Neuverteilung der Produktion ist die gegenüber ‚klassischen‘ Krisenerwartungen relativ niedrige Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Periode.

Während die Bourgeoisie diese Umstrukturierung der Produktion vorantreibt, zielt sie in ihrer Offensive zugleich darauf ab, die Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion des Arbeitsvermögens zu verändern: Während früher Konsens darüber bestand, die Ausgaben auf dem Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssektor — zusammen mit der Nachfrage nach langfristigen Gebrauchsgütern und dem Wohnungsbau — als primäre Triebkräfte des Wirtschaftswachstums zu akzeptieren, machen jetzt die Kürzungsversuche der Bourgeoisie auf diesen Gebieten deutlich, daß sie den bisherigen Konsens über die Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion des Arbeitsvermögens aufgekündigt hat. Diese Tendenz wird durch den Übergang zu einer monetaristisch inspirierten Wirtschaftspolitik verstärkt, die globale staatliche Begünstigungen der ‚Privatwirtschaft‘ gegenüber den direkt regelnden Effekten der öffentlichen Nachfrage, z. B. im Zusammenhang des Ausbaus des Gesundheitswesens, der jetzt schon stark abgenommen hat, den Vorzug geben.

In diese Richtung wirken auch die Tendenzen zu einer *Reprivatisierung* staatlicher Funktionsbereiche, wie sie, gestützt auf Autoritäten wie den *McCracken Report* der OECD (OECD 1977a) und das *Interfutures*-Projekt (OECD 1976 und 1977b), auch in Dänemark vorangetrieben wird: So sollen etwa eine Privatisierung des Risikos der Arbeitslosigkeit erfolgen sowie private Lösungen wieder gegenüber der öffentlichen Kinderbetreuung bevorzugt werden. Allerdings ist der erreichte Stand einer solchen Reprivatisierung in Dänemark immer noch im Vergleich zu den meisten anderen Ländern gering.

Es gibt ein wichtiges Strukturelement des dänischen Kapitalismus, das die gegenwärtigen Bemühungen der Bourgeoisie, die Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens umzustrukturieren, erleichtert: Dies ist die Existenz vieler kleiner Unternehmen, im Schutze von Steuerbegünstigungen und von Kreditleichtungen aufgrund der traditionell im dänischen Kreditsystem leichten Beleihung von Immobilien. Ihr Interesse am Wohlfahrtsstaat und überhaupt an Klassenzusammenarbeit ist relativ beschränkt; dementsprechend bilden gerade sie die soziale Basis der breiten Unterstützung, die die klassisch liberale Steuerprotestbewegung in Dänemark gefunden hat.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in Dänemark die Rahmenbedingungen des Wohlfahrtsstaates und der Klassenzusammenarbeit unter dem Beschuß einer offensiven Bourgeoisie liegen – auch wenn weiterhin durchaus noch ein Interesse der Bourgeoisie an der Erhaltung von Institutionen der Klassenzusammenarbeit, von rechtlichen Regelungen des Arbeitsmarktes und an einer kooperativen Integration der Arbeiterbewegung in das politische System besteht, wie es am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen deutlich wird.

Das Kapital benötigt andere Triebkräfte für eine künftige kapitalistische Wachstumsperiode als den wachsenden Verbrauch langfristiger Konsumgüter und die Expansion im Bereich der öffentlichen Ausgaben. Das geht auf die ungünstige Entwicklung zurück, die die Machtpositionen des Kapitals im Zuge der Wirksamkeit des bisherigen Wachstumsmodells genommen haben. Im Lichte dieser Notwendigkeit wird somit klar, worum es bei der gegenwärtigen Umstrukturierung geht: Zunächst geht es um die Fragen „Wer kontrolliert den Krisenverlauf?“ und „In welcher Form?“, und dann im zweiten Schritt um die Machtpositionen von Kapital und Arbeiterklasse nach der Durchsetzung einer Krisenlösung.

### 3. Konsequenzen für die Arbeiterbewegung

Das nach dem Krieg im wesentlichen im Kampf gegen die Bourgeoisie von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durchgesetzte ‚Entwicklungsmodell‘ stellte zwar durchaus einen Klassenkompromiß dar, war aber weitgehend historisch von den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der reformistischen Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit bestimmt. Sein Scheitern und seine Krise mußte daher zugleich eine Krise der Arbeiterbewegung auslösen.

Die wesentlichen Elemente dieses ‚Entwicklungsmodells‘ waren gewesen:

- *Vollbeschäftigung*, die durch wirtschaftspolitische Globalsteuerung erreicht werden sollte,
- Entwicklung des *Massenkonsums* von langfristigen Gebrauchsgütern und Expansion des *öffentlichen Sektors* als Triebkräfte des Wirtschaftswachstums,
- eine *gerechtere Einkommensverteilung* und *größerer Wohlstand*, erreicht und gesichert durch staatliche Reformen, die die politische Macht der Arbeiterbewegung im Parlament durchsetzt,
- *Konzentration der Arbeiterbewegung auf Lohnkämpfe*,
- *Unterlassung von direkten Eingriffen* in den *kapitalistischen Produktionsprozeß* durch Staat und Arbeiterbewegung,
- eine *sehr begrenzte unmittelbare Teilnahme des Staates an der Produktion*, durch staatliche Unternehmen (3).

Durch dieses ‚Entwicklungsmodell‘ wurden während einer langen historischen Periode materielle Fortschritte für alle verwirklicht, sowie eine Reihe von wichtigen Reformen auf den Gebieten der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik durchgesetzt.

Das bedeutendste Element in der zugrundeliegenden gesellschaftspolitischen Strategie war die *Ausweitung der Staatstätigkeit*: Durch diese Ausdehnung fand eine

Vergesellschaftung der Nachfrage statt, die ein kontinuierliches Wachstum garantierte, ebenso wurde die Vollbeschäftigung in erster Linie durch die Erweiterung des öffentlichen Sektors garantiert.

Konsequenz dieses Entwicklungsmodells für die Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens war es, daß in Gestalt ihrer *staatlichen* Institutionalisierung und/oder Finanzierung ihre *Vergesellschaftung* vorangetrieben wurde: Gesellschaftliche Folgekosten der Produktion, die früher von den Arbeitern als individuelle Risiken getragen worden waren (Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheiten, die durch die industrielle bzw. großstädtische Umwelt hervorgerufen wurden) werden jetzt in kollektive, gesellschaftliche Verantwortung übernommen. Damit werden diese externen Kosten der Produktion zugleich als solche quantitativ bestimmbar: Jetzt wird (über Steuern und Versicherungen) bezahlt (und also in Geld ausgedrückt) und kompensiert, was früher bloß eine stoffliche Verschlechterung der individuellen Lebensbedingungen darstellte. Dadurch wurde die Reproduktion des Arbeitsvermögens sowohl in ihrem Umfang erweitert (z. B. Verbesserung der Rentensysteme) als auch qualitativ verbessert.

Diese *spezifische Form der Vergesellschaftung* der Reproduktion der Arbeiterklasse bedeutete aber zugleich eine langfristige *Schwächung der Arbeiterbewegung*, gewissermaßen als Konsequenz der Eigendynamik des ‚Entwicklungsmodells‘: Die Form der staatlichen Institutionalisierung/Finanzierung der Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens setzt *erstens* zugleich eine Spaltung der Arbeiterklasse in die Beschäftigten im privaten Sektor, die Beschäftigten im öffentlichen Sektor und die nichtberufstätigen Bezieher öffentlicher Unterstützung. Materielle Ursachen dieser Spaltung liegen in der Finanzierung der beiden letzten Kategorien auch und vor allem aus den Steuern der ersten, sowie in dem starken langfristigen Wachstum der allgemein als gesellschaftliche Belastung empfundenen dritten Kategorie. Das Ausmaß, das diese Spaltung inzwischen erreicht hat, wird sowohl daran deutlich, daß z. B. der Vorsitzende des dänischen Metallarbeiterverbandes sich für ein Streikverbot für die öffentlichen Bediensteten aussprechen konnte, weil „es nicht die Kapitalisten, sondern uns alle“ träfe, wie daran, daß inzwischen die Steuerpartei Glistrups von ihrer Wählerbasis her die zweitgrößte Arbeiterpartei Dänemarks ist. Parallel vollzog sich ein Prozeß der Privatisierung und Individualisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses der Arbeitskraft durch Entwicklung des privaten Konsums sowie der Formen staatlich vermittelter Reproduktion.

Als Ergebnis dieser Entwicklung ergibt sich: Die sozialen Probleme *erscheinen* heute nicht nur nicht mehr als Klassenfragen, sie *sind* es auch nicht mehr. Der Staat hat sie vergesellschaftet, indem er sie individualisiert, zu Problemen des einzelnen ‚Steuerzahlers‘ oder ‚Versicherungsnehmers‘ gemacht hat. Gegenüber der damit vollzogenen Entpolitisierung der Reproduktionsfragen, deren unmittelbarer Zusammenhang mit klassenspezifischen Lebensbedingungen ausgelöscht ist, hat sich erst aufgrund der krisenbedingten Einschränkungen der zugrundeliegenden Standards im Sozialbereich von neuem eine politische Mobilisierung und Organisation in diesem Bereich entwickelt:

*Zum einen hat die Orientierung auf ein bestimmtes Modell privaten Konsums*

eine individualisierende kapitalistische Verbrauchermentalität gezüchtet, bis hin zu einer Aufspaltung der Arbeiterklasse in z. T. reaktionär orientierte Interessengruppen. So hat sich etwa im Wohnungswesen eine tiefgehende Spaltung zwischen Mietern und Hausbesitzern entwickelt, die ihren politischen Ausdruck in der neugegründeten Partei der Zentrumsdemokraten gefunden hat (8 % bei den Wahlen von 1973), die allein in der Vertretung der spezifischen Interessen der Haus- und Autobesitzer ihren Zusammenhalt findet.

Zum anderen hat die staatliche Vermittlung der Reproduktion darüber hinaus noch weitere demobilisierende Wirkungen auf die Arbeiterbewegung gehabt; so erleben heute etwa die Sozialdemokraten ein Ausbleiben jeglicher aktiven Unterstützung für ihre Partei, einen seit Jahren anhaltenden Mitgliederschwund. Das innere Leben der Partei ist tot, die Beteiligung an Kundgebungen und Veranstaltungen äußerst gering, auch wenn die Hegemonie der Partei innerhalb der Arbeiterklasse immer noch unumstritten ist.

Die Krise des von der reformistischen Arbeiterbewegung programmatisch bestimmten ‚Entwicklungsmodells‘ des Nachkriegskapitalismus hat sich, insgesamt gesehen, aus der eigenartigen ‚Vergesellschaftungsstrategie‘ ergeben, deren theoretischer Ausdruck die keynesianische ‚Orthodoxie‘ bzw., wie Joan Robinson mit Recht gesagt hat, der ‚Bastard-Keynesianismus‘ ist:

Keynes‘ Hinweise auf die Notwendigkeit, geldwerte Nachfrage und Investitionen zu vergesellschaften, wurde von mehreren seiner Schüler als ein Universalmittel betrachtet: Während Keynes noch polemisch auf die ökonomisch zerstörerischen Wirkungen eines bloßen ‚Löcher-Grabens-und-wieder-Zuschüttens‘ hingewiesen hatte, haben sie geglaubt, durch die Absicherung einer hinreichenden Nachfrage auf der Makro-Ebene alle Probleme der Wirtschaftspolitik lösen zu können. Diese für die sozialdemokratischen ‚Entwicklungsmodelle‘ charakteristische Form der Vergesellschaftung hat dazu geführt, daß es zwar gelang, eine ganze Periode hindurch das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu stabilisieren, daß es aber zugleich geheiligtes Vorrecht der Kapitalisten blieb, darüber zu entscheiden, wie und wo die Produktion sich entwickeln und vollziehen sollte. Der Zusammenhang von Produktion und Verbrauch wurde damit als ‚neutral‘ betrachtet, als etwas, das nur einer quantitativen Steuerung bedarf. Eine Steuerung der qualitativen Entwicklung wurde nicht ins Auge gefaßt, so daß die entstehenden Folgeprobleme ungesteuert als staatlich zu finanzierende soziale Unkosten auftraten und so die staatlichen Budgets belasteten (4).

Die Autonomie der Kapitale hinsichtlich Produktion und Verbrauch auf der Makroebene, in Verbindung mit weitgehender Öffnung zum Weltmarkt hin und Tendenzen oligopolistischer Preispolitik, hat darüber hinaus auch zu einer hohen und steigenden Inflationsrate geführt, die in Dänemark bereits Blockierungen der Allokationsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaft verursacht hat. Die keynesianische Strategie der Vergesellschaftung der Nachfrage hat schließlich auch insofern ihre historische Grenze erreicht, als durch die Internationalisierung des Kapitals die Monopolbildung den Rahmen des Nationalstaates überschritten hat, so daß eine isolierte Ankurbelung der Nachfrage in diesem Rahmen nicht mehr möglich ist – schon

gar nicht in einem kleinen offenen Land wie Dänemark: Die Multiplikatoreffekte der Staatsausgaben können nur noch in begrenztem Umfang im Lande selbst genutzt werden, so daß im Verhältnis zur Verschlechterung der Zahlungsbilanz nur noch ein geringer positiver Beschäftigungseffekt erreicht wird.

Überhaupt sind durch die Internationalisierung des Kapitals eine Reihe von Kettenreaktionen möglich geworden (Import von Preiserhöhungen durch Verzerrungen im internationalen Währungssystem, Währungsspekulation, Gewinnmanipulationen über nationale Grenzen hinweg, Kapitalflucht), aufgrund derer die bestehenden Reaktionsmuster im kapitalistischen System vollends instabil, unvorhersehbar und unkontrollierbar geworden sind.

Die Möglichkeiten staatlicher Politik durch staatliche Eingriffe und die von ihnen in Gang gesetzte Dynamik haben sich angesichts dieser Entwicklungen weitgehend erschöpft. Als reale Auswirkung der durchgesetzten Reformen bleibt daher nur noch das Moment der Verstaatlichung der Unkosten, während die Profite weiterhin der privaten Verfügung unterliegen, aufgrund der ungeschmälernten Autonomie der Kapitale in der Produktion.

Die Tatsache, daß die gesellschaftlich erkämpften Machtpositionen der Arbeiterklasse durchweg in staatliche Formen der Verwaltung und Finanzierung der Produktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens integriert worden sind, hat diese Entwicklungstendenz des sozialdemokratisch-keynesianischen Entwicklungsmodells eher noch verstärkt: Die wachsende Stärke der Arbeiterklasse in der Phase der Vollbeschäftigung wurde umgesetzt in eine wachsende staatliche Verwaltung und Finanzierung der steigenden gesellschaftlichen Unkosten der Produktion. Damit wuchs die Verwundbarkeit der Machtpositionen gegenüber einer Einschränkung der Staatsausgaben: Anders als in Staaten, wo größere Teile der staatlichen Ausgaben etwa für die Finanzierung der materiellen Infrastruktur der Produktion verwandt und wo gesellschaftliche Unkosten der Produktion (etwa im Gesundheitswesen) durch Arbeitgeberzuschüsse statt über Steuern finanziert werden, leitete in Dänemark die ‚Fiskalkrise‘ (O’Connor 1973) unmittelbar eine Offensive der Bourgeoisie gegen den ‚sozialen Lohnanteil‘ der Arbeiterklasse und gegen die neuen Mittelschichten ein, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, insbesondere die in neuen Zweigen des öffentlichen Dienstes beschäftigten Frauen (6).

#### 4. Ein neues ‚Entwicklungsmodell‘ als Ziel einer alternativen Wirtschaftspolitik

Ein neues ‚Entwicklungsmodell‘ muß dazu in der Lage sein, die von dem in die Krise geratenen keynesianisch-sozialdemokratischen Modell etablierte Bestimmung der Verhältnisse von Produktion, Konsumtion und individueller Reproduktion durch eine neue abzulösen, durch die eine neue Form der Arbeitsteilung zwischen öffentlichem und privatem Sektor geschaffen wird. Dazu ist es erforderlich, mit dem bestehenden Vergesellschaftungsmodell der ‚Verstaatlichung der Unkosten und der Monopolisierung der Gewinne‘ zu brechen, indem neue Formen von Entscheidungsprozessen durchgesetzt werden, in denen die quantitativen und die qualitati-



ven Aspekte der materiellen gesellschaftlichen Entwicklung in enger Verbindung behandelt werden.

Insbesondere muß daher das Modell einer Ausübung gesellschaftlicher Macht durch die Arbeiterbewegung in Gestalt einer Ausweitung des Staates und staatlicher Übernahme der Reproduktion des Arbeitsvermögens durch ein Modell von ‚Strukturformen‘ (Gorz 1964) ersetzt werden, durch – innerhalb der primären Mechanismen kapitalistischer Allokation durchgesetzte – autonome Machtbefugnisse der Arbeiter sowohl innerhalb der kapitalistischen Produktion wie innerhalb der Zirkulationssphäre. Wichtigstes Element ist die Durchsetzung einer *neuen Rolle der Gewerkschaften* innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses, ergänzt durch eine Struktur der individuellen Konsumtion und der Reproduktionsbedingungen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, die kollektives Bewußtsein und gesellschaftliche Verantwortlichkeit fördern und in Richtung auf größere Gleichheit wirken, statt wie die jetzigen im Sinne von Individualisierung und Spaltung zu funktionieren.

Aus diesen generellen Zielsetzungen ergibt sich der folgende *Rahmen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Dänemark*.

#### 4.1. *Wiederherstellung des Zusammenhangs von nationaler Produktions- und Konsumtionsstruktur*

Das Fehlen einer qualitativen Steuerung der Wirtschaftsentwicklung hat in Dänemark zu einer Erosion des inneren Zusammenhangs der nationalen Wirtschaftsstruktur geführt: Einerseits ist die Entwicklung des Verbrauchs durch eine passive Anpassung an das Konsummodell der multinationalen Gesellschaften für die Durchschnittsfamilie gekennzeichnet, in dem das Schwergewicht auf langlebigen Konsumgütern liegt, was dazu geführt hat, daß sich Erweiterungen des Verbrauchs stets in eine überproportionale Erhöhung der Einfuhren umsetzen. Andererseits waren für die Entwicklung der Produktion drei Faktoren bestimmend, die nur wenig bis nichts mit der Entwicklung der nationalen Verbrauchsgewohnheiten gemeinsam hatten: eine Exportspezialisierung, die in wachsendem Umfang von zufälligen Expansionsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt abhängig wurde, eine starke Nachfrage auf dem Bausektor, geprägt durch die steuerliche Förderung des Eigenheimbaus, sowie eine wachsende Nachfrage der öffentlichen Hand. Die Nachfrage auf dem Bausektor ist als Triebkraft des Wirtschaftswachstums weitgehend erschöpft, insbesondere hat der Zusammenhang von Wohnungsbedarf, Bautätigkeit, Geldanlage und Produktion von Baumaterialien seine Bedeutung als ein möglicher Hebel der Konjunkturankurbelung weitgehend eingebüßt.

Die Nachfrage der öffentlichen Hand war in der Vergangenheit öfter dazu in der Lage, einen Zusammenhang herzustellen zwischen kollektiven Bedürfnissen und der nationalen Produktion, so etwa zwischen Gesundheitswesen und Medizinalindustrie hinsichtlich der Produktion hochentwickelter Krankenhausausrüstungen. Aber auch diese Art von Zusammenhang hat sich inzwischen abgeschwächt, nachdem die

Staatsausgaben nicht mehr steigen; eine liberalistische Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand hat die dänische Produktion nicht besonders ‚beschützt‘ und die Nachfrage der öffentlichen Hand hat sich inhaltlich der von der Industrie betriebenen ‚Marktpflege‘ angepaßt, die das Schwergewicht auf Symptombehandlung und hochentwickelte Spezialausrüstungen mit begrenzter Wirkung auf den umfassend betrachteten Gesundheitszustand legte.

Damit eine gesellschaftliche Steuerung des Wirtschaftsprozesses überhaupt wieder möglich sein soll, ist also zunächst einmal der Zusammenhang von nationaler Produktions- und Konsumtionsstruktur wiederherzustellen.

#### *4.2. Schaffung eines bewußt gesellschaftlichen Konsumtionsmodells*

Im Rahmen des bestehenden ‚Entwicklungsmodells‘ wird die Entwicklung der Konsumtion als ein ‚neutraler‘, nicht zu steuernder Gegenstand behandelt. Das individualisierende Modell der Konsumtion, das sich unter diesen Bedingungen entwickelte, ist aber keinswegs selbst gesellschaftspolitisch neutral gewesen: Die maßgebliche Wohnform des Eigenheims und etwa der private Autoverkehr sind offensichtlich Beispiele für weitreichende Auswirkungen des Konsumtionsmodells auf gesellschaftliches Bewußtsein und politisches Handeln.

Ein neues Entwicklungsmodell muß demgegenüber ein Modell der Konsumtion fördern, das der Entwicklung kollektiven Bewußtseins und gesellschaftlicher Verantwortlichkeit Vorschub leistet. Dies kann dadurch geschehen, daß Verbrauchsformen mit kollektiver Ausrichtung bevorzugt werden, wie etwa der öffentliche Nahverkehr oder Wohnformen, die kollektive Einrichtungen einschließen, — dabei könnten dann auch Bedürfnisse nach Umweltschutz und Rohstoffersparnis besser berücksichtigt werden—, oder dadurch, daß neue Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, die in der Lage sind, durch Eingriffe in die Autonomie des Kapitals formulierte gesellschaftliche Bedürfnisse direkt in Produktionsentscheidungen umzusetzen.

#### *4.3. Neue Vergesellschaftung der Folgekosten der Produktion*

Die wachsende Aushöhlung der staatlichen Verwaltung und Finanzierung der Reproduktion der Arbeitskraft muß aufhören, die durch die gegenwärtige Verbindung von Verstaatlichung steigender Unkosten und Monopolisierung der Gewinne (durch die weiterhin auf der einzelwirtschaftlichen Ebene autonomen kapitalistischen Unternehmen) hervorgerufen wird. Angesichts der Welle von neoliberalen Angriffen gegen die Ineffizienz und den parasitären Charakter des Staatsapparates ist es erforderlich, die lautstark geforderte Reprivatisierung in *der* Gestalt vorzunehmen, daß die gesellschaftlichen Unkosten der Produktion wieder den Unternehmern auferlegt werden, die sie verursachen. Nur dadurch kann man sie zwingen, ihre Produktions- und Investitionstätigkeit so einzurichten, daß sie die von den Arbeitsbedingungen oder durch Umweltverschmutzung verursachten Kosten möglichst gering halten.

Allerdings ist auch darüberhinaus noch eine gewisse Reprivatisierung unvermeidlich. Die ‚Krise des Steuerstaates‘ ist eine Tatsache, auf die reagiert werden muß. Derartige Reprivatisierungen müssen allerdings in einer Form vollzogen werden, die gewährleistet, daß in ökonomische Optimierungsprozesse auf allen Ebenen der Gesellschaft die gesellschaftlichen Folgekosten mit einbezogen werden. Dabei ist insbesondere zu vermeiden, daß durch die Form der Reprivatisierung gesellschaftliche Probleme in individuelle Risiken transformiert werden, etwa dadurch daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus der kollektiven gesellschaftlichen Verantwortung entlassen wird.

Es sind mehrere Formen vorstellbar, in denen die unvermeidbare Reprivatisierung so durchgeführt werden kann, daß eine kollektive Verantwortlichkeit aufrechterhalten bzw. gefördert werden kann und zugleich neue sozialwirtschaftliche Optimierungsmechanismen in den gesellschaftlichen Prozeß eingebaut werden:

Auf *Unternehmensebene* muß die Berücksichtigung typischer Arbeiterinteressen – wie Stabilisierung der Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen usw. – unter Einbeziehung gesellschaftlicher Folgekosten durch die Entscheidungsstrukturen gewährleistet werden.

Im *öffentlichen Sektor* sind die bestehenden Budgetierungsmethoden so zu verändern, daß gesellschaftliche Folgekosten stets den Einheiten, die sie verursachen, angelastet werden. Für Verunreinigungen der Umwelt erhobene Gebühren sind für Recycling und zur Verbilligung von verunreinigungsmindernden Anlagen zu verwenden. Ein ‚System von kommunizierenden Röhren‘ ist etwa zwischen Automobilproduktion und -konsumtion und der Finanzierung des Gesundheitswesens zu etablieren, das die Folgelasten der Verkehrsunfälle mit zu tragen hat. Dasselbe gilt für Entlassungen im öffentlichen Sektor (bzw. für Einstellungen von Arbeitslosen) und das System der Arbeitslosenunterstützung: zwischen ihnen muß budgetmäßig ein Zusammenhang hergestellt werden, der die entstehenden Folgekosten systematisch dem verursachenden Bereich zuschreibt.

Es wäre allerdings schwierig, vorweg die dafür erforderlichen neuen Entscheidungsstrukturen präzise festzulegen: Zum einen ist die Erfahrungsgrundlage für derartige Entwürfe gegenwärtig noch zu schwach bzw. ein gesellschaftliches Bewußtsein über den inneren Zusammenhang von kapitalistischer Rationalität und gesellschaftlichen Folgekosten noch zu unentwickelt, zum andern ist es auch unmöglich, in vollem Umfang die zu berücksichtigenden gesellschaftlichen Folgekosten quantitativ zu bestimmen (7).

Entscheidend wird in jedem Falle sein, daß neue Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, in denen die quantitativen und qualitativen Aspekte der Entwicklung in überschaubaren Einheiten organisch im Zusammenhang behandelt werden, so daß schrittweise ein entwickelteres Problembewußtsein und präzisere Problemlösungen möglich werden. Auf jeden Fall wird dies einen Abbau der jetzigen Arbeitsteilung zwischen organisierter Arbeiterbewegung, Staat und Kapitalen bedingen, indem ein direkter Einfluß der Arbeiterbewegung, der neuen Massenbewegungen und neuer demokratischer Organe auf Produktion und Verbrauch durchgesetzt wird.

#### 4.4 *Relativierung der Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor*

Der ‚eiserner Vorhang‘ zwischen öffentlichen und privaten Funktionsbereichen, der für den ‚liberalen Wohlfahrtsstaat‘ in Dänemark charakteristisch ist, muß beseitigt werden. Ein Beispiel für seine blockierenden Auswirkungen auf die Möglichkeiten einer alternativen Wirtschaftspolitik ist die staatliche Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche: wegen dieser Arbeitsteilung kann sie nicht mehr sein als eine vorläufige, vorübergehende ‚Aufhebung‘ der Arbeitslosigkeit. Ebenso wenig hat die energiepolitisch vielversprechende Produktion von Sonnenkollektoren hinreichende Expansionsmöglichkeiten, weil die Produktionstätigkeit der öffentlichen Hand Restriktionen unterliegt, die einen Absatz auf den Märkten privater Produzenten ausschließt. Demgegenüber ist es zunächst wichtig, daß in schwachen Bereichen, in denen die bestehende Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor offensichtlich unrationell ist, der gegenwärtige ‚eiserner Vorhang‘ zwischen beiden durchlöchert wird. Dadurch würde eine Präzedenzwirkung erzielt sowie der Aufbau der erforderlichen Steuerungsinstrumente und eines juristischen Rahmens für eine öffentliche Produktionstätigkeit vorangetrieben. Die dadurch eröffneten Möglichkeiten einer gesellschaftlich sinnvollen öffentlichen Produktion könnte dann in Situationen wie der gegenwärtigen genutzt werden, statt Milliarden von Kronen in staatliche Beschäftigungsprogramme in der Form ineffizienter Arbeitslosenunterstützungsprogramme hineinzupumpen.

Ein solches Eintreten für eine Ausweitung der öffentlichen Produktion mag als eigentümlich erscheinen, wenn man von den Erfahrungen im übrigen westlichen Europa ausgeht, denen gemäß staatliche Industrien, staatliche Regulierung der Produktion und staatliche Planung bisher weder besonders erfolgreich noch überhaupt in sozialistischer Perspektive aussichtsreich waren (vgl. Holland 1978). Diese Forderung begründet sich allgemein aus den spezifischen Erfordernissen einer Situation, in der es darum geht eine reale Position der gesellschaftlichen Stärke der Arbeiterklasse von ihren inzwischen unterminierten Machtstellungen im Staatsapparat auf ein anderes Gebiet zu übertragen. Im übrigen ist – was Dänemark betrifft – davon auszugehen, daß aufgrund der spezifischen Gesellschaftsstrukturen der skandinavischen Länder derartige Machtstellungen der Arbeiterklasse in der Produktion eine ganz andere Wirkung entfalten werden, als das in anderen Ländern geschehen könnte.

#### 4.5 *Alternative Industriestrukturpolitik*

Eine alternative Wirtschaftspolitik muß auch Vorschläge machen, wie diejenigen gesellschaftlichen Ressourcen, die in Branchen mit schrumpfenden kapitalistischen Verwertungsperspektiven festgelegt sind, aktiv anders genutzt werden können, anstatt bloß reaktiv für eine zeitliche Verschiebung der Strukturanpassung einzutreten.

Eine Strukturplanung für den Bereich der Werftindustrie etwa könnte den folgenden Inhalt haben:

- Umstellung auf eine marktnischenorientierte Anpassungspolitik auf dem Weltmarkt, insbesondere auf qualitativ hochwertige Spezialanfertigungen,
- Aufrechterhaltung der Beschäftigung im Sinne einer maximalen Nutzung des vorhandenen Qualifikationspotentials der Belegschaften;
- ergänzende Umstellung eines entsprechenden Teils des vorhandenen produktiven Apparates auf die Herstellung von Produkten für den nationalen Markt, etwa von Rohrleitungen und Transportnetzen im Zusammenhang der Nutzung von Erdgas – sowie von schwerindustriellen Investitionsgütern für größere energiepolitische Vorhaben.

Die in Großbritannien gemachten Erfahrungen mit Formen gesellschaftlicher Überprüfungen kapitalistischer Entscheidungen („Social Audit“), etwa in der Upper Clyde Werft und in der Firma Lucas Aerospace (vgl. Coates, ed., 1978), haben deutlich gemacht, daß darin ein vielversprechender Ausgangspunkt liegt für eine alternative Planung auf der Ebene der gewerkschaftlichen Basis, als Grundlage für eine kollektive gesellschaftliche Entscheidung über die alternative Nutzung vorhandener gesellschaftlicher Ressourcen. Für den Ausbau der dafür erforderlichen Entscheidungsstrukturen sind verschiedene Arten von Machtpositionen der Arbeiterklasse in der Produktion erforderlich, wobei der Mitbestimmung und der Wirtschaftsdemokratie besondere Bedeutung zukommt. Die dadurch eroberte Macht werden die Arbeiter z.T. nutzen können, um dem Kapital einen Teil der Macht über die auf Unternehmensebene vorhandenen Ressourcen zu nehmen, z.T. wird es ihnen auch gelingen, die Investitionstätigkeit unter alternative Allokationskriterien zu stellen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, daß die eroberte Macht nicht nur dazu benutzt wird, die gesellschaftliche Arbeit zu lenken und gemäß den vom Kapital gesetzten Voraussetzungen zu verteilen, sondern darüberhinaus auch dafür, die kapitalistische Rationalität in Produktions- und Investitionsentscheidungen selbst konkret herauszufordern.

## 5. Die Krise des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie

Das bisherige Modell der gesellschaftlichen Entwicklung baute u.a. auf einer klaren *Arbeitsteilung zwischen sozialdemokratischer Partei und den Gewerkschaften* auf, die Voraussetzung ihrer harmonischen Zusammenarbeit war: Die politisch-ideologische Tätigkeit der Partei sollte für größeren gesellschaftlichen Wohlstand mittels einer Ausweitung des öffentlichen Sektors sowie für eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung mittels der Gestaltung des Steuersystems sorgen (8); die Rolle der *Gewerkschaften* bestand darin, durch autonome Verhandlungen mit den Unternehmern verbesserte Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder zu erreichen, wobei sie sich in Dänemark in besonderem Maße auf die quantitative Seite (Entlohnung und Arbeitszeitregelungen) beschränkten (9).

Diese klassische Arbeitsteilung ist jetzt in Auflösung begriffen: Zum einen hat die (von sozialdemokratischen Regierungen vorangetriebene) Einkommenspolitik zu einer Aushöhlung der gewerkschaftlichen Autonomie im Lohnkampf geführt (10),

was z.T. noch durch eine Gesetzgebung verschärft wird, die in gewissem Umfang den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel kriminalisiert. Zum anderen haben die Gewerkschaften sich gezwungen gesehen, auf diese Entwicklungen mit einer Neubestimmung ihrer Arbeitsgebiete zu reagieren, die gegen die sozialdemokratische Politik der Einkommensreduzierung auf eine aktivere Beteiligung an wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zielt: So haben die dänischen Gewerkschaften, in Zusammenarbeit mit anderen sozialdemokratisch geprägten Organisationen wie der Mieterbewegung und der Genossenschaftsbewegung, eine neue Wohnungspolitik, eine neue Steuerpolitik und eine neue Berufsbildungspolitik gefordert, die in direktem Gegensatz zu der von der Sozialdemokratie im Parlament vertretenen Politik steht (vgl. v. a. LO 1978). Damit haben gerade die für die materiellen Knotenpunkte des Lebensprozesses der Arbeiterklasse zuständigen Organisationen begonnen, Ansätze einer Wirtschaftspolitik zu formulieren, die eine radikale Alternative zur bisherigen Politik der Sozialdemokratie darstellen (11).

Die Linke hat bisher dazu geneigt, diese Auseinandersetzungen als taktische Manöver innerhalb der reformistischen Arbeiterbewegung zu betrachten, die vor allem der linken Kritik am Krisenmanagement und dem spontanen Widerstand gegen die sozialdemokratische Krisenpolitik den Wind aus den Segeln nehmen sollte (12). Abgesehen von der darin liegenden Selbstüberschätzung der Linken würde man damit übersehen, daß diese Auseinandersetzungen durchaus einen realen materiellen Kern haben: Die Notwendigkeit, mit der diese Organisationen die materiellen Lebensbedingungen ihrer Mitglieder verteidigen müssen, um sich ihre eigene organisatorische Basis erhalten zu können.

Die *Frage des Reformismus* stellt sich heute unter ganz anderen Bedingungen als in vorangegangenen historischen Perioden, wo es einen objektiven Spielraum für eine Klassenzusammenarbeit im Sinne reformistischer Verbesserungen der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse gab. Heute läßt die anrollende Offensive der Bourgeoisie derartige Kompromisse nicht mehr zu; es gibt damit einfach keine erfolgversprechende reformistische Politik, die mit der offensiven Umstrukturierungspolitik des Kapitals vereinbar wäre.

In dieser Situation kann die Arbeiterbewegung zum einen in einen reaktiven Verteidigungskampf verfallen, der perspektivlos bleiben müßte, zum anderen kann sie für eine reformistische Politik kämpfen, die bereits als solche zur Konfrontation mit der Bourgeoisie führen muß. Die erste dieser Möglichkeiten wird von der rechten Sozialdemokratie sowie von Teilen der Linken vertreten wie etwa der Mehrheit der Volkssozialisten. Sie weigern sich, eigene Vorschläge für ‚die bürgerliche Krisenlösung‘ zu formulieren, unterstützen aber bereitwillig alle Vorschläge und Forderungen, die auf eine Verteidigung der bestehenden Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zielen.

Über die bestehenden Parteien und Gruppierungen hinweg hat ein anderer Teil der Linken die zweite dieser Möglichkeiten in Angriff genommen, indem er anfangs, sich ernsthaft mit den konkreten Problemen einer ‚revolutionären Reformpolitik‘ bzw. einer ‚alternativen Wirtschaftspolitik‘ zu beschäftigen. Dieser Teil der Linken stellt heute, zusammen mit dem lebendigen Teil der Sozialdemokratie, wie

ihn Gewerkschaften, Mieterbewegung und Parteilinke vertreten, die politische Basis des Reformismus dar.

Insbesondere die Gewerkschaften können sich in dieser historischen Situation in zwei verschiedenen Richtungen entwickeln – wobei die Entwicklung der dänischen Gesellschaft und insbesondere der Bedingungen des politischen Kampfes wesentlich davon abhängen wird, welche dieser beiden Richtungen eingeschlagen wird:

*Einerseits* können die Gewerkschaften ihre Macht *gesellschaftspolitisch* einsetzen, indem sie sich politisch auf Gebieten engagieren, die vom traditionellen Trade-Unionismus nicht erfaßt wurden, um so die materiellen Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen, etwa an besseren Wohnverhältnissen, besseren Arbeitsbedingungen, besserer Ausbildung, verbesserter Gesundheitspolitik und an größerer gesellschaftlicher Gleichheit – und damit zugleich breite gesellschaftliche Interessen wahrzunehmen.

*Andererseits* können die Gewerkschaften ihre Macht *korporativistisch* nutzen, indem sie sich konsequent auf die Vertretung der Sonderinteressen ihrer wesentlichen Mitgliedergruppen verlegen. Das Schreckbild einer solchen Entwicklung bilden heute die amerikanischen Gewerkschaften, die durch Kompromisse zwischen bestimmten Teilen der Arbeiterklasse und dem Monopolkapital zwar relativ hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Großunternehmen erzielt haben, aber um den Preis einer tiefgehenden Aufspaltung der amerikanischen Arbeiterklasse und auf Kosten der marginalisierten Kategorien von Beschäftigten. Auch in Dänemark ist eine solche Entwicklung vorstellbar, auch wenn bisher der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad der dänischen Arbeiterklasse und die sehr hohe Erwerbsquote die Auswirkungen solcher Tendenzen überdeckt haben: Etwa durch eine gesetzliche Integration der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen in vom Staat bestimmte *tripartistische Organe*, die die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung lenken bzw. die Entwicklung der Arbeitsbedingungen kontrollieren, könnte die im engeren Sinne korporativistische Funktion der Gewerkschaften gestärkt und dadurch die Arbeiterklasse gespalten und schließlich demobilisiert werden (13).

Bisher steht jedoch immer noch die gesellschaftspolitische Orientierung gegenüber der partikularistischen in der Entwicklung der gewerkschaftlichen Politik im Vordergrund, auch wenn das Spannungsfeld zwischen diesen beiden Tendenzen wesentliche Grundlage der Handlungsmöglichkeiten der dänischen Linken bleibt (14). Dabei ist es u.E. von entscheidender Bedeutung, die Durchsetzung einer eng partikularistischen Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik zu verhindern, die ein wesentlicher Schritt in Richtung auf die Eröffnung einer neuen stabilen Wachstumsperiode unter imperialistischen Vorzeichen darstellen würde (15). Dagegen würde die Durchsetzung einer reformorientierten, gesellschaftspolitischen Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik eine neue soziale Dialektik in Gang setzen, die die Perspektive eines anderen, sozialistischen Auswegs aus der gegenwärtigen Strukturkrise des Kapitalismus eröffnet (16).

## Anmerkungen

- 1 Entgegen der geläufigen Auffassung ist u.E. die ggw. Krise *nicht* als eine klassische kapitalistische Krise mit Produktions-, Profit- und Reallohnsenkungen zu begreifen, da bisher empirisch noch keine größeren Einbrüche in diesen Dimensionen zu beobachten sind. Ebenso wenig kann für Dänemark etwa von einer politischen Krise gesprochen werden: die Dynamik der kleinbürgerlichen Radikalisierung gegenüber dem Steuerstaat ist bereits im Wesentlichen gebrochen und die dänische Sozialdemokratie hat ihre innere Spaltung in der Frage des EG-Beitritts wieder überwunden, ohne ihre Wählerbasis wesentlich zu reduzieren. Nicht einmal eine soziale Krise ist feststellbar: die materiellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind minimal, dank der von der Arbeiterklasse erkämpften hohen Entschädigung für ausfallende Arbeitsverdienste.
- 2 Der spürbarste Krisenindikator in Dänemark ist die Arbeitslosigkeit: trotz insgesamt wachsender Beschäftigung verstärken sich die Barrieren gegenüber Neueintritten auf dem Arbeitsmarkt sowie die Tendenzen zur Abdrängung ‚schwacher‘ Gruppen. Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind vor allem vier Gruppen, die nur in ganz geringem Umfang über eine ‚politische Sprache‘ verfügen, in der sie ihre Reproduktionsprobleme als gesellschaftliche Probleme zur Geltung bringen könnten:
  - es gibt eine bedeutende Jugendarbeitslosigkeit,
  - der Neuzugang von Frauen als Arbeitnehmern ist erschwert,
  - ältere Arbeitnehmer, die einmal entlassen werden, bleiben arbeitslos,
  - Arbeiter in einzelnen ‚Krisenbranchen‘ werden in großem Umfang entlassen.Allein die zuletzt genannte Gruppe war in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu einem gesellschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Kampftema zu machen.
- 3 Im Vergleich zu den anderen nordischen Ländern ist für Dänemark der geringe Umfang der staatlichen Produktionstätigkeit charakteristisch. Verstaatlichung ist dementsprechend hier eine fast unbekannte Erscheinung.
- 4 In der letzten Zeit sind durch Gesetzgebung – z.B. Umweltschutzgesetz von 1973, Arbeitsbedingengesetz von 1975 – staatliche Mindestnormen für einige Bereiche festgelegt worden. Insgesamt geht dabei aber die Tendenz immer noch eher in Richtung auf staatliche Kostenübernahme.
- 5 Die mit solchen Quantifizierungen verbundenen Probleme nicht nur hinsichtlich der Maßstäbe, sondern auch hinsichtlich des (nutzen- oder werttheoretischen) Bezugsrahmens haben Kapp 1978 und Archibugi 1978 bisher am weitesten verfolgt.
- 6 Ein unverzichtbares Element jeder Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist offenbar die Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, wie sie in Schweden z.Z. eine breite politische Unterstützung findet (vgl. Sysselsättningsutredningen 1979). Auch die letzten Vorschläge des dänischen Sachverständigenrates gehen in diese Richtung. Dem entspricht die faktische Entwicklung: der Beschäftigungszuwachs im öffentlichen Dienst betrug in Dänemark 1976, 77 und 78 jeweils 3, 4, 5,1 und 5,4 %.
- 7 Dabei ist noch ganz abgesehen von den Problemen, die mit der Festlegung eines Maßstabes verbunden sind: Marktpreise als Maßstab bedeuten z.B., daß Ungleichheiten in der Einkommensverteilung sich auf das relative Gewicht von Folgekosten auswirken würden (saubere Luft in einem Viertel der Mittelschicht wäre ‚wertvoller‘ als in einem Arbeiterviertel). Kapp 1978 hat versucht, diese Beschränkungen zu überwinden; er nähert sich dadurch dem, was Archibugi 1978 ‚socialist indicator‘ im Unterschied zu bloßen ‚social indicators‘ nennt.
- 8 Als Resultat dieser Entwicklung machen in Dänemark (1976/77) die ‚social consumption‘ i.S. O’Connors, d.h. die Sozialausgaben und die Ausgaben für den staatlichen Anteil an der Reproduktion des Arbeitsvermögens 63 % der gesamten staatlichen und kommunalen Ausgaben aus, die Sozialausgaben allein 32 %. Abgesehen von geringen Arbeitgeberbeiträgen zu einem Pensionsfonds (5 % der Auszahlungen) werden alle Sozialausgaben über Steuern finanziert. Dementsprechend ist das dänische Steueraufkommen das relativ höchste im Gebiet der OECD (43 % des Bruttosozialproduktes).



- 9 Bis zu den 70er Jahren beschränkte sich die ‚qualitative Tarifpolitik‘ der dänischen Gewerkschaften auf ihre Mitwirkung bei der Durchsetzung von produktivitätssteigernden Entlohnungssystemen u.ä.
- 10 Regierung und Wirtschaftsrat haben ein Plafond von 6 % jährlich für Lohnerhöhungen in den nächsten zwei Jahren festgelegt, das allerdings voraussichtlich durchbrochen wird: es ist mit Lohnerhöhungen von 10 - 11 % jährlich zu rechnen.
- 11 Das Forschungsprojekt „Sozialwirtschaftsbericht“ hat die Aufgabe, diese sozialwirtschaftlichen Ansätze in Gestalt eines Leitfadens für eine alternative Wirtschaftspolitik zu konkretisieren. Dafür soll insbesondere eine Analyse des Gesamtzusammenhangs von staatlichem und privatem Sektor geleistet werden, auf deren Grundlage dann eine konkrete ‚gesellschaftliche Überprüfung‘ der Ressourcen Verwendung durch einzelne Unternehmen i.S. der britischen Versuche durchgeführt werden kann.  
Die in dem Projekt notwendigen Analysen zielen auf eine Art von ‚sozialer Kosten-Nutzen-Analyse auf Makroebene‘ auf der Grundlage kollektiver gesellschaftlicher Zielsetzungen statt individueller monetärer Optimierung, was eine Reihe von schwierigen theoretisch/methodischen und statistischen Problemen zur Folge hat (vgl. Kapp 1978).  
Von der dänischen Gewerkschaftsbewegung wird das Projekt mit einer gewissen Aufmerksamkeit verfolgt (vgl. LO 1977).
- 12 Dementsprechend fungiert auch bisher eine dänische Organisation sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler mehr als Beratungsstelle für die Parteien links von der Sozialdemokratie und für militante Minderheiten innerhalb der Gewerkschaften als sich im Rahmen von Aktivitäten zu engagieren, die eine breite Zusammenarbeit mit zentralen Strömungen der Gewerkschaften mit sich bringen würde, wie es etwa die deutsche Memorandumgruppe versucht.
- 13 In diesem Sinne ist von dem dänischen Metallarbeiterverband eine Industriepolitik gefordert worden, die auf eine konsequente Unterwerfung unter die Anforderungen des Weltmarktes hinausläuft und auch deren interne gesellschaftliche Konsequenzen in Kauf zu nehmen bereit ist (vgl. Dansk Metalarbejderforbund 1976).
- 14 In diesem Zusammenhang wäre etwa zu unterscheiden zwischen einem offensiven Eintreten in dreiseitige Verhandlungen und defensiver Unterwerfung unter tripartistische Organe. Allerdings ist die Grenze zwischen beiden äußerst schwierig zu bestimmen: sie liegt wohl irgendwo zwischen einerseits der Notwendigkeit, gesellschaftliche Positionen der Stärke in institutionelle Machtpositionen umzusetzen und andererseits der Gefahr einer Korporativierung, die die gesellschaftliche Position der Gewerkschaften schwächt, ihre Autonomie mit Bezug auf Politikformulierung reduziert und ihre inneren Strukturen entdemokratisiert.
- 15 Das entscheidende Element für eine Brechung dieser Tendenz wird in der Überwindung der Abhängigkeit der dänischen Wirtschaftspolitik vom internationalen Kapitalismus liegen, die gegenwärtig durch das ‚Diktat der Zahlungsbilanz‘ vermittelt wird. Sie stellt eine ‚strukturelle Grenze‘ der dänischen Wirtschaftspolitik dar (vgl. Wright 1978).
- 16 In Dänemark ist der Vorschlag des Übergangs zur Wirtschaftsdemokratie zum Scheidewasser zwischen den strategischen Vorstellungen der Arbeiterklasse und denen der Bourgeoisie geworden: Aus der programmatischen Diskussion der Sozialdemokratie, in die sich die Gewerkschaften maßgeblich eingeschaltet haben, ist seit den 60er Jahren ein Konzept von Wirtschaftsdemokratie entstanden, wie es die Sozialdemokraten 1973 im Parlament einbrachten. Nach diesem Konzept wird eine Ausweitung der Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter in den Unternehmensvorständen ergänzt durch ein Mitbestimmungsrecht der Lohnabhängigen am Kapital (Wachsende Beteiligungsrechte über Gewinnbeteiligung) und Investitionslenkung durch einen autonom von den Gewerkschaften geleiteten zentralen Fonds.  
Dieser Vorschlag birgt in der Tat wichtige Gefahren (passive Integration der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat, Entdemokratisierung und Disziplinierung der Gewerkschaften), falls er aber durch eine breite politische Mobilisierung der Massen durchgesetzt würde, birgt er aber auch, aufgrund der in ihm enthaltenen Mög-

lichkeit autonom wahrgenommener gewerkschaftlicher Machtbefugnisse, eine Chance dafür, „antagonistische Widersprüche des Kapitalismus in die zentralen kapitalistischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen, so daß eine soziale Dialektik in Gang kommt, die über den Kapitalismus hinausweist“ (Gorz). Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Arbeiterbewegung konkrete Vorstellungen über die mit ihrer Macht durchzusetzenden politischen Inhalte entwickelt, die zu Kristallisationskernen eines neuen Konsenses über die gesellschaftliche Entwicklung werden können.

## Literatur

- Amin, S., 1974: Mot en strukturell kris för kapitalismen, Zenit Nr. 37  
Archibugi, F., 1978: Capitalist Planning in Question, in: Holland, ed., 1978, 49-68  
Berlinguer, E., 1978: (Interview), La Repubblica, 2. 8. 78  
Coates, K., ed., 1978: The Right to Useful Work, Nottingham  
Craxi, B., 1978: (Interview), L'Espresso, 27. 8. 78  
Dansk Metalarbejderforbund, 1976: Industripolitik, Kopenhagen  
Fröbe, F., Heinrichs, J., Kreye, O., 1977: Die Neue Internationale Arbeitsteilung. Reinbek  
Gorz, A., 1964: Strategie ouvrière et néo-capitalisme, Paris  
Holland, S., ed., 1978: Beyond Capitalist Planning, London  
Ingrao, P., 1978: Intervista su la Terza Via, Rinascita  
Jürgens, U., 1979: Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, Prokla 36  
Kapp, K. W., 1978: The Social Costs of Business Enterprise, Nottingham; dt.: Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Ffm 1979  
Kleinknecht, A., 1979: Innovation, Akkumulation und Krise, Prokla 35  
LO 1977: (Referat des Vorsitzenden auf dem dänischen Gewerkschaftstag), Kopenhagen  
LO u.a. 1977: Boligpolitisk Hvidbog, Kopenhagen  
Mandel, E., 1972: Spätkapitalismus, Frankfurt 1972  
O'Connor, J., 1973: The Fiscal Crisis of the State, New York  
OECD 1976: Interfutures Project Research Program, Paris  
OECD 1977a: Midway through Interfutures, Paris  
OECD 1977 b: Towards Full Employment and Price Stability, Paris  
Sysseledningsutredningen 1979: (Gutachten des schwedischen ‚Beschäftigungsrates‘, Mai 1979), Stockholm  
Wright, E. O., 1978: Class, Crisis and the State, London